



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 18. und 19.01.2017

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 6 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 52 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Fachausschuss Wien

Antrag auf Änderung des DIMA 05, Punkt 2.1.8, betreffend 11stündiger Ruhezeit, dass diese Bestimmung auch auf Überstundendienste Anwendung findet und nicht nur auf Plandienste

Fachausschuss Salzburg

Neuerlicher Antrag betreffend Aufhebung des Aufnahmestopps für VB in den Fachbereichen LA 3 und LA 4 bei der Landespolizeidirektion Salzburg

Antrag auf Anpassung der Lehrgangsplätze für den GAL E2a/2017 und den GAL E2a in den Folgejahren an die Zahl der derzeit unbesetzten Stellen und dem Bedarf durch bereits angekündigte Reformen

Fachausschuss Kärnten

Antrag auf Anpassung der Lehrgangsplätze für den GAL E2a/2017 und den GAL E2a in den Folgejahren, an die Zahl der derzeit unbesetzten Stellen und dem Bedarf durch bereits angekündigte Reformen

Antrag um Aufsystemisierung des Kriminalreferates beim SPK Villach analog zum Antrag um Aufsystemisierung des Kriminalreferates beim SPK Klagenfurt vom Dezember 2016



Fachausschuss Steiermark

Antrag auf Maßnahmen durch das Innenministerium gemeinsam mit der Bundesregierung, damit private Klagen von sogenannten „Reichsbürgern etc.“ gegen öffentlich Bedienstete in Österreich unwirksam bzw. gar nicht möglich sind

Antrag auf Aufnahme des Ausrüstungsgürtels „TT Warrior Belt MK III“ in den Bekleidungswirtschaftsfonds

FSG im Zentralausschuss

Antrag zum Dienststellenstrukturkonzept 2014 betreffend Bedachtnahme der noch immer betroffenen Kollegen bei den Planstellenbesetzungen bzw. Verlängerung der Währungsbestimmung für betroffene Bedienstete

AUF im Zentralausschuss

Antrag um Aufnahme von Verhandlungen mit dem BM.I betreffend Neufestsetzung (Erhöhung) der pauschalierten Aufwandsentschädigung für die Wachebeamten gem. § 20 Gehaltsgesetz

Antrag um Aufnahme von Verhandlungen mit den zuständigen Stellen im BM.I betreffend gesetzlicher Neuregelung der NZG-Richtlinien. Erörterung der Möglichkeit einer Anhebung der NZG – Zeit auf 2 Stunden analog anderer Berufsgruppen

Antwortschreiben

Zum Antrag der FCG im Zentralausschuss vom Dezember 2016 betreffend Ausweitung der E2b-Zulage, Ausdehnung der Nachtzeitgutschrift und Verbesserung der E2a-Bewertungen bei allen nachgeordneten Dienststellen der Landespolizeidirektionen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes „Gemeinsam sicher“, wurden von der Dienstgeberseite entsprechende Verhandlungen im Zuge der Verhandlungen zum Projekt „Gemeinsam Sicher“ zugesagt

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der Polizeigewerkschaft auf Bewertungsverbesserungen für den Fachbereich See- und Stromdienst bei der PI-Hard-Seedienst

Dem vorliegenden Begehren kann aus Sicht des Dienstgebers nicht nachgekommen werden, weil sich die Anforderungen, Aufgaben und Tätigkeiten des bezeichneten Arbeitsplatzes nicht in dem für eine Neubewertung beim Bundeskanzleramt erforderlichen Umfang im Sinne des § 143 BDG geändert haben. Die im Antrag geschilderten Verantwortlichkeiten sind in den Organisationsvorschriften, insbesondere Richtlinie für die Organisation und Geschäftsordnung der Polizeiinspektionen/Fachinspektionen (RL OGO PI/FI), klar geregelt und in Teilen nicht mit den Ausführungen des Antragstellers identisch.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark auf Aufstockung der Email-Postfachgröße

Der dienstliche Emailverkehr ist gemäß den geltenden Vorschriften grundsätzlich über die funktionalen Postfächer der jeweiligen Organisationseinheit zu führen. Die vom FA Steiermark im Antrag angeführten Beispiele stellen allesamt einen derartigen dienstlichen Schriftverkehr dar, weshalb keine ausreichenden Gründe für eine generelle Erhöhung der persönlichen Postfächer erkannt werden kann.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Kärnten betreffend notwendiger Personalmaßnahmen im Bereich der LPD Kärnten

Die derzeitige Aufnahmeplanung für das Jahr 2017 für den Bereich der LPD Kärnten sieht für 2017 insgesamt 75 Neuaufnahmen vor. Dabei sind 25 VB/S – AGM für den Grenz- und Fremdenpolizeilichen Bereich und 50 VB/S für den Regeldienst vorgesehen.

Im Rahmen der laufenden Aufnahmeoffensive wird besonderes Augenmerk auf eine bundesweit bestmöglich ausgewogene Personaldotation gelegt, wobei im Wesentlichen die unterschiedlichen Belastungen, sowie die unterschiedlichen strukturellen Erfordernisse als grundsätzliche Basis zu berücksichtigen sind.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Kärnten betreffend Aufhebung der Zuteilungen aus dem Bereich der LPD Kärnten zur LPD Burgenland - Grenzeinsatz

Die Aufhebungen der Zuteilungen aus dem Bereich der LPD Kärnten zur LPD Burgenland (9 VB/S-AGM) wurden mit Erlass vom 2. Dezember 2016 mit Ende Dezember 2016 verfügt.

Schadensfälle:

Am 17.01.2016 wurden 52 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 364 Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT
Vorsitzender Stv.

